

V-1

Antragsteller*innen: Katharina Dröge u.a.

Gegenstand: TOP 6: Verschiedenes

STAHLSTANDORT NORDRHEIN-WESTFALEN **STÄRKEN**

1

2 **Stahlstandort Nordrhein-Westfalen stärken**

3

4 Nordrhein-Westfalen ist der größte Standort der deutschen Stahlindustrie. Diese ist ein
5 wichtiger Werkstofflieferant für die Wirtschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.
6 Klimafreundliche, innovative und wettbewerbsfähige Stahlproduzenten sind unverzicht-
7 bar für die ökologische Modernisierung der Industrie. In der nordrhein-westfälischen
8 Stahlindustrie sind rund 46.000 Menschen beschäftigt. Hinzu kommen tausende Beschäf-
9 tigte bei Zulieferern und Dienstleistern.

10 Allerdings ist die Situation auf dem Stahlmarkt angespannt. Die europäische Stahlindus-
11 trie leidet schon seit Jahren unter Überkapazitäten. Die Lage hat sich für die Branche aber
12 insbesondere dadurch weiter verschärft, dass es in Russland und China massive Überkapa-
13 zitäten gibt und beide Länder ihren subventionierten Stahl zu einem Preis auf den Welt-
14 markt drücken, der weit unter den Herstellungskosten liegt. Stahlerzeugnisse aus hocheff-
15 zienten deutschen und europäischen Anlagen werden so vom Markt verdrängt. In China
16 bläht sich gleichzeitig eine bedrohliche Verschuldungsblase auf. Die Europäische Kom-
17 mission berichtete immer wieder von unlauteren Handelspraktiken – von fairen Wettbe-
18 werbsbedingungen kann keine Rede sein.

19

20 **Fusion Thyssen/Tata gefährdet tausende Arbeitsplätze in NRW**

21

22 Der hohe Druck dem die Stahlindustrie seit Jahren ausgesetzt ist, hat nun auch in NRW zu
23 Konsequenzen geführt: Nachdem es schon zu einer Fusionsspirale auf dem chinesischen

24 Markt kam, zieht nun der europäische Markt nach. Die Geschäftsleitungen von Thyssen-
25 Krupp und Tata Steel haben ohne Abstimmung mit der Arbeitnehmerseite durch ein Me-
26 morandum of Understanding (MoU) einen Fusionsprozess eingeleitet, durch den nun auch
27 Nordrhein-Westfalen direkt betroffen ist. Danach soll der Sitz des neuen Unternehmens
28 nicht der bisherige ThyssenKrupp-Standort Duisburg sein, sondern Amsterdam. Damit sind
29 perspektivisch tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Die Verlagerung
30 des Hauptsitzes nach Amsterdam hat perspektivisch auch negative Folgen für die Mon-
31 tanmitbestimmung und die Steuereinnahmen in NRW und in der Bundesrepublik. Darüber
32 hinaus sind auch viele Detailfragen bisher ungeklärt, die selbst im Falle einer Fusion von
33 entscheidender Bedeutung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Thyssen-
34 Krupp sind. So ist zum Beispiel bis heute weder verlässlich geklärt, ob und in welcher
35 Höhe die Pensionslasten aus Tata Europe mit in den neuen Zusammenschluss übertragen
36 werden und mit welchen Sicherheiten die Pensionsrückstellungen der deutschen Arbeit-
37 nehmer*innen ausgestattet werden.

38 Zu alledem hört man bis heute vom Ministerpräsidenten und seinem Wirtschaftsminister
39 wenig und schon gar nichts Konkretes. Dabei wäre zum Erhalt der NRW-Standorte des
40 Unternehmens und zum weitestgehenden Erhalt der Arbeitnehmer*inneninteressen ein
41 starkes Engagement dringend nötig.

42

43 **Europa muss Innovationsstandort einer ökologischen Stahlproduktion sein!**

44

45 Wir Grünen in NRW werden uns für den Erhalt einer nachhaltigen, innovativen und wettbe-
46 werbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen einsetzen, um unter Berücksichtigung
47 der Klimaschutzverpflichtungen aus dem Abkommen von Paris eine umweltfreundliche
48 und klimaneutrale europäische Stahlproduktion zu ermöglichen und fairen internationa-
49 len Wettbewerb zu sichern. In der Vergangenheit hat die Stahlindustrie bereits wichti-
50 ge Fortschritte in Bezug auf Ressourceneffizienz und CO₂-Reduktion gemacht. Zukünftig
51 muss an diesem Reduktionspfad festgehalten werden.

52 Für uns ist klar: Ohne eine ambitionierte Klimaschutzpolitik gibt es keine dauerhafte Lö-
53 sung für die Probleme der nordrhein-westfälischen und der europäischen Stahlindustrie.
54 Der Emissionshandel ist nicht der Verursacher der aktuellen Herausforderungen der Stahl-
55 industrie. Im Gegenteil: Eine engagierte Klimaschutzpolitik, Energiewende und die ökolo-
56 gische Modernisierung brauchen intelligente Stahlprodukte für Windkraftanlagen, Gebäu-
57 desanierung, nachhaltige Mobilität und Verkehrsinfrastruktur.

58 Auch die Stahlbranche muss ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Umsetzung des Klima-
59 schutzabkommens von Paris leisten. Auch wenn bei den klassischen Verfahren der Stahl-
60 erzeugung noch erhebliche Effizienzpotenziale zu heben sind, werden diese nicht ausrei-
61 chen, um im Jahr 2050 eine weitgehend CO₂-neutrale Stahlproduktion zu realisieren. Hier
62 ist die Branche gefragt im Rahmen einer ökologischen Modernisierung auf neue Verfahren
63 und Technologien zu setzen und den Standort Deutschland somit langfristig zu sichern.
64 Den Weg in die emissionsfreie Zukunft weisen Verfahren, die z.B. auf den Ersatz von klima-
65 schädlichem Koks und Kohle durch Biogas oder regenerativ erzeugten Wasserstoff setzen

66 oder die Nutzung von erneuerbar erzeugtem Strom zur Elektrolyse von Eisenerzen in Me-
67 tall. Kurz- und mittelfristig sind Projekte, wie das in Duisburg angestoßene Carbon2Chem
68 wichtig, bei dem u.a. Strom aus erneuerbaren Energien als Energiequelle genutzt wird. In
69 15 Jahren kann so am Standort Duisburg CO₂-neutral Stahl produziert werden. Die Stahl-
70 industrie wurde auf diesem Weg seitens der Politik und der öffentlichen Hand unterstützt
71 und wir Grüne wollen ihr die Zeit verschaffen, die ökologische Modernisierung auch um-
72 setzen zu können. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Stahlbranche von 2005
73 bis 2012 von der Ausgestaltung des Emissionshandels profitiert und insgesamt Emissions-
74 zertifikate im Wert von 5,3 Mrd. Euro kostenlos erhalten hat. Mindestens bis 2020 besteht
75 durch die Überausstattung mit Zertifikaten zudem kein Zukaufbedarf an Emissionszertifi-
76 katen. Hinzu kommen jährlich zweistellige Millionenhilfen in Form einer Strompreiskom-
77 pensation aus den Ersteigerungserlösen des Emissionshandels bei gleichzeitig sinkenden
78 Industriestrompreisen aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energie.

79 Wir fordern die Landesregierung NRW auf, sich für eine nationale und europäische Stahl-
80 Strategie einzusetzen. Diese Strategie muss das Ziel haben, Europas Stahlindustrie zum
81 Technologieführer in Sachen Emissionsminderung, Energie- und Materialeinsparung, Re-
82 cycling und Sektor übergreifende Kooperationen, zum Beispiel mit der Chemieindustrie,
83 zu machen. Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten sowohl aus den natio-
84 nalen Budgets als auch vom Europäischen Investitionsfonds (EFSI) gefördert und an die
85 genannten Ziele gekoppelt werden.

86

87 **Hohe Umwelt- und Sozialstandards zum Kern der europäischen Handelspolitik machen!**

88

89 Notwendig ist auch eine effektive Anwendung handelspolitischer Schutzinstrumente. Die
90 schwarz-gelbe Landesregierung in NRW kann nicht ihre Augen davor verschließen, mit
91 welchen Bandagen auf den internationalen Märkten gekämpft wird. Neben ihren zahlrei-
92 chen positiven Auswirkungen, kann sich die Globalisierung auch in einem Wettbewerb
93 nach unten bei Arbeitsbedingungen und Umweltschutz äußern. Europäische Unterneh-
94 men, die Wert auf die Einhaltung von Standards legen, können so das Nachsehen haben –
95 genauso wie Arbeitnehmer und Umwelt. Sie müssen daher wirksam geschützt werden.

96 Statt weiterhin blind an einer neoliberalen Handelspolitik festzuhalten, sollte sich die
97 nordrhein-westfälische Landesregierung aus CDU und FDP für Handelsverträge stark ma-
98 chen, die klar auf starke Umwelt- und Sozialstandards, auch in Produktionsprozessen set-
99 zen.

100 Nach der Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China Ende 2016, gingen der Euro-
101 päischen Union wichtige Dumpingmaßnahmen gegen chinesische Produzenten verloren.
102 Es ist wichtig, dass sich die Kommission, das Europäische Parlament und die Mitglied-
103 staaten auf eine neue Verordnung einigen konnten, die schnelle Antidumpingmaßnahmen
104 ermöglicht, und konform mit dem WTO-Recht ist.

105 Es ist zudem ein Erfolg Grüner Politik im Europaparlament, dass künftig in der europäi-
106 schen Handelspolitik, die Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und die
107 Standards der multilateralen Umweltabkommen zu Kriterien werden an denen Marktver-
108 zerrung gemessen werden kann. Nur wenn soziale und ökologische Mindeststandards von

109 allen Unternehmen erfüllt werden, die ihre Produkte auf dem europäischen Markt ver-
110 kaufen, kann fairer Wettbewerb stattfinden, der nicht zulasten von Mensch und Umwelt
111 geht.

112

113 **Eine Weiterentwicklung des internationalen Wettbewerbsrechts ist nötig!**

114

115 Zudem fordern wir Grünen in NRW eine Debatte um eine Fortentwicklung des internatio-
116 nalen Wettbewerbsrechts. Zu oft mussten wir in der Vergangenheit beobachten, dass große
117 europäische Konzerne ihre Fusionsentscheidungen damit begründen, dass sie auf Fusions-
118 wellen auf anderen nicht-europäischen Märkten reagieren müssen um wettbewerbsfähig
119 zu bleiben. Damit steigt die globale Marktkonzentration in vielen Branchen relevant. Zu
120 beobachten war dies in jüngster Zeit nicht nur im Stahl-Sektor, sondern zum Beispiel auch
121 auf den Märkten für Saatgut und Pestizide.

122 Solche weltweiten Fusionsspiralen können erhebliche negative Folgen haben: Für die Ver-
123 braucher*innen, die mit reduzierter Auswahl, schlechtere Qualität oder steigenden Preisen
124 konfrontiert sind, für Arbeitnehmer*innen, denen Jobverlust oder eine Schwächung von
125 Mitbestimmungsrechten drohen, aber auch für eine ambitionierte Umwelt- und Sozialge-
126 setzgebung, die mit dem Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unter Druck
127 gerät.

128 Das europäische und auch nationale Wettbewerbsrecht hat sich in der Vergangenheit
129 als effektives Instrument bewährt, um Marktmacht auf den europäischen oder nationa-
130 len Märkten zu begrenzen. Es besteht allerdings ein Reform- und Weiterentwicklungs-
131 bedarf um den Herausforderungen einer zunehmenden globalen Marktkonzentration und
132 entsprechend agierenden Konzernen angemessen entgegen treten zu können. Statt al-
133 so Entwicklungen, wie der auf dem internationalen Stahlmarkt, konzeptlos zuzuschauen,
134 fordern wir die schwarz-gelbe Landesregierung auf, tätig zu werden, und gegenüber der
135 Bundesregierung und der Europäischen Kommission eine Weiterentwicklung des globalen
136 Wettbewerbsrechtes einzufordern. Wettbewerbsbehörden müssen die Kompetenz haben,
137 auch auf Fusionswellen außerhalb des europäischen Marktes angemessen zu reagieren.
138 Hier ist es von Bedeutung sowohl die Möglichkeiten der Anwendung bestehenden eu-
139 ropäischen Rechts auf internationale Zusammenschlüsse zu prüfen, als auch neue inter-
140 nationale Institutionen mit weitreichenden Kompetenzen, oder die Verankerung globaler
141 Wettbewerbsfragen im Rahmen von Handelsverträgen, näher zu beleuchten.

Begründung

Aufgrund aktueller Entwicklungen sind gegebenenfalls Anpassungen des Antrags vor der LDK notwendig. Diese würden in Form eines Änderungsantrages eingereicht werden.

Antragsteller*innen

Katharina Dröge (KV Köln)

Horst Becker (KV Rhein-Sieg)

Oliver Krischer (KV Düren)

Birgit Beisheim (KV Duisburg)

Berivan Aymaz (KV Köln)

Klaus Kienle (KV Coesfeld)

Felix Banaszak (KV Duisburg)

Matthias Schneider (KV Duisburg)

Mona Neubaur (KV Düsseldorf)

Johannes Remmel (KV Siegen-Wittgenstein)

Norwich Rüße (KV Steinfurt)

Matthi Bolte (KV Bielefeld)

Martin Sebastian Abel (KV Düsseldorf)

Frithjof Schmidt (KV Bochum)

Markus Kurth (KV Dortmund)

Friedrich Ostendorff (KV Coesfeld)

Ulle Schauws (KV Krefeld)

Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen)

Deniz Ertin (KV Köln)

Carola Wesbuer (KV Steinfurt)

Dieter Koenemann (KV Rhein-Erft)

Maria Klein-Schmeink (KV Münster)

Sven Lehmann (KV Köln)

Dominik Wellhäuser (KV Köln)